



NEWSLETTER

# NORD|SÜD *news* I/2019



Ghana: Großmutter Ester Awo Bartey, selbst krank, kümmert sich um ihren Enkel Kofi Abbey

*Pflegearbeit weltweit – Die Lage*

## Pflege für die Zukunft

**Der Bedarf an Pflege und Betreuung ist enorm. Das zeigen aktuelle Daten. Darin liegt eine Chance, vorausgesetzt die Investitionen in die Pflege werden verdoppelt.**

Die Folgen sind nicht nur für die Betroffenen fatal: In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gibt es nahezu keine öffentlichen Dienstleistungen für die Langzeitpflege alter Menschen. In diese Lücke drängen private Anbieter, aber die können sich nur Wohlhabende leisten. Deshalb werden Pflegebedürftige oft von Angehörigen versorgt, die dafür nicht bezahlt werden – und das sind vor allem Frauen. In Kolumbien etwa hat das Statistikamt DANE festgestellt, dass in den Jahren 2012 und 2013 zusammen 34.754 Millionen Stunden unbezahlter Pflegearbeit geleistet wurden – das entspricht einem Geldwert von 19,3 Prozent

des Bruttoinlandsprodukts von 2012. Rund 79 Prozent dieser unbezahlten Pflegearbeit wurde von Frauen erbracht.

Global leisten Frauen drei Viertel der unbezahlten Care-Arbeit. Sie gleichen damit fehlende öffentliche Dienstleistungen aus. Das stellt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in ihrem Bericht »Sorgearbeit und Betreuungsjobs für die Zukunft menschenwürdiger Arbeit« fest. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Care-Arbeit.

Um eine globale Pflegekrise zu verhindern, müssen die Investitionen in die Pflegewirtschaft verdoppelt werden, fordert die ILO. Nach ihren Berechnungen wird sich der Betreuungs- und Pflegebedarf weltweit bis zum Jahr 2030 bei älteren Menschen auf 400 Millionen Personen verdoppeln und einschließlich der

Weiter auf Seite 2



Inhalt

### Pflegearbeit weltweit

- | Die Lage: Pflege für die Zukunft ..... S. 1f
- | Der Kommentar:  
Geld und Wertschätzung nötig ..... S. 2
- | Ausländische Fachkräfte: »Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden warmherzig aufgenommen« ..... S. 3
- | Organizing: Gewerkschaftsfeindliche Praxis ..... S. 4
- | Männer: Die neue Vaterrolle ..... S. 5
- | Technologisierung: Die Grenzen des Roboters ..... S. 6

### Aus den Projekten

- | Andreas Behn: »Die Stimmung ist aufgeheizt, teils gewalttätig« ..... S. 7

### In Kürze

- | NGOs warnen vor privatem Geld in der Nord-Süd-Arbeit; Filmtipp: Fair Traders; Globaler Rahmen für UNI und Banco do Brasil; ILO-Geburtstag mit Licht und Schatten; Mehr Frauen in die Seefahrt! ..... S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Betreuung von Kindern auf 2,3 Milliarden Personen wachsen. Dieser enorme Bedarf lockt Goldgräber an. Weltweit investieren Finanzinvestoren zunehmend in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, weil das hohe Renditen verspricht. In Ländern ohne gute Sozialversicherungssysteme, die eine Finanzierung der Versorgung gewährleisten, haben Ärmere dazu aber keinen Zugang. Deren Versorgung übernehmen die Familien – also Frauen.

»Unbezahlte Pflegearbeit ist ein Haupthindernis für den Eintritt und Verbleib von Frauen im Erwerbsleben«, heißt es in der Studie. Immerhin gibt es Programme für die Betreuung von Kindern. In Chile zum Beispiel gibt es öffentliche Betreuungsangebote für Kinder unter sechs Jahren aus den ärmsten Haushalten sowie vorübergehend für Kinder von Frauen, die saisonal in der Landwirtschaft arbeiten.

In Indien umfassen öffentliche Dienstleistungen zur Kinderbetreuung hauptsächlich arme ländliche Gebiete. Im Zuge des Programms »Anganwadi« zum Beispiel können Frauen Kinder in Krippen versorgen lassen, wo sie eine kostenlose tägliche Mahlzeit bekommen. Integrierte Child Development Service Center wurden an Grundschulen platziert. Regierungsprogramme wie in Chile und Mexiko zeigen, dass öffentliches Handeln wichtig für die Emanzipation und die Unterstützung von Frauen ist, schreiben die Autoren. Ziel des mexikanischen Programms ist auch, die Erwerbsarbeit von Frauen durch Dienste zu erhöhen, die sich auf Pflege von Älteren konzentrieren.

Im gigantischen Bedarf nach Pflege und Betreuung liegt eine Chance: Hier könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die vor allem Frauen zu Gute kämen. Investieren Staaten in Vorschulerziehung oder Langzeitpflege, steigen die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, heißt es in der Studie.

Die Bandbreite des Investitionsvolumens in Care-Arbeit ist groß: In Schweden und Dänemark sind es etwa acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Indien, Mexiko oder Indonesien weniger als ein Prozent. In Kolumbien sind es knapp sechs Prozent, in Brasilien drei Prozent und Chile rund zwei Prozent. Nach Schätzung des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) würden durch Investitionen von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zum Beispiel in China 24 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, in Indien 11 Millionen, in Brasilien 4,2 Millionen und in Indonesien fast 2,8 Millionen.

 Anja Krüger lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich viel mit Gewerkschaftspolitik.



Pflegearbeit weltweit: Der Kommentar

## Geld und Wertschätzung nötig



Foto: KC Wong (CC BY 2.0)

»Wo einst Industriearbeiter die Basis gewerkschaftlichen Handelns waren, müssen es neu die Pflegekräfte werden«, meint Adrian Durtschi

**Gewerkschaften müssen sich mit guten Arbeitsbedingungen in der Pflege auseinandersetzen und die Millionen noch nicht organisierten Pflegekräfte in die Gewerkschaften bringen – zum Wohle aller, meint Adrian Durtschi.**

»Pflegen und dem Patienten den Hintern abwischen wird nicht so schwierig sein. Dafür wollen Sie Lohn?« – Solche abschätzigen Bemerkungen müssen professionelle Pflegekräfte leider ständig hören. Weltweit wächst die Nachfrage nach professioneller Pflege, Millionen von neuen Jobs werden entstehen, im globalen Norden und Süden. Wir werden älter, chronische Krankheitsbilder sind häufiger. Diese Entwicklung kostet Geld. Derzeit sind es mehrheitlich Frauen, die pflegen, und zwar oft unter schlechten Bedingungen oder unentgeltlich. Politiker\_innen sehen Pflege oft nur als Kostenfaktor. Statt zu jammern, sollten sie sagen: Ja, es braucht mehr und gute Pflege. Studien und Publikationen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) zeigen deutlich: Geld investiert in Pflege ist eine Investition in die Zukunft!

Statt zu investieren wird über den hausgemachten Fachkräftemangel gejammert. Wegen schlechter Arbeitsbedingungen, zunehmendem Stress und wenig Zeit für die zu pflegende Person verlassen viele Fachkräfte den Beruf. Die Lücke schließen bei uns Pflegenden aus Osteuropa oder den Philippinen. Dort müssen wiederum Migrant\_innen den Fachkräftemangel auffüllen. Dies ist keine Lösung.

Gleichzeitig machen immer mehr höchst profitable börsennotierte Unternehmen im Bereich

der Pflege massiv Gewinn mit unserer Gesundheit. Wie der deutsche Gesundheitskonzern Fresenius, der in über 100 Ländern aktiv ist. Oder der französische Multi ORPEA, der mehrfach wegen ungenügender Pflegequalität oder seinem Umgang mit dem Personal in der Kritik war, zuletzt in Deutschland. Interessanter Fakt: Kein globaler Multi in diesem Bereich hat mit den Gewerkschaftsföderationen ein Globales Rahmenabkommen

(GRA) unterzeichnet, das ihn verpflichtet, Menschenrechte wie die Rechte für Arbeitnehmende der Internationalen Arbeitsorganisation zu respektieren.

Wir als UNI Global Union wollen den Pflegearbeitenden mehr Gewicht verleihen. Wir unterstützen gewerkschaftliche Aufbauprojekte in Ländern wie Kolumbien, Ghana oder Polen. Wir bauen Gewerkschaftsallianzen auf, lobbyieren in internationalen Organisationen und führen globale Kampagnen zu GRA für multinationale Unternehmen. Doch das allein reicht nicht.

Es ist Zeit, dass die Gewerkschaftsbewegung den Pflegebereich priorisiert. Wo einst Industriearbeiter die Basis gewerkschaftlichen Handelns waren, müssen es neu die Pflegekräfte werden. Wir Gewerkschaften müssen uns mit bezahlter und unbezahlter Pflegearbeit auseinandersetzen. Gemeinsam müssen wir die Millionen noch nicht organisierten Pflegekräfte in die Gewerkschaften bringen. Wir müssen für solidarisch finanzierte Sozialversicherungen kämpfen, um gute Pflege und faire Arbeitsbedingungen zu garantieren. Wir müssen allen Pflegekräften ein Gesicht und eine Stimme geben und gemeinsam die Arbeitsbedingungen und Pflegequalität verbessern. So garantieren wir, dass die Pflege weltweit den Wert und die Wertschätzung erhält, welche sie verdient und benötigt. Zum Wohle von uns allen.


 Adrian Durtschi, 34, leitet UNICARE Global Union. UNICARE besteht aus 85 Gewerkschaften mit fast 2 Millionen Mitgliedern aus dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich sowie den Sozialversicherungen.



Foto: Olivier Vogel/ang



# »Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden warmherzig aufgenommen«

**Mehr als 2.000 Pflegekräfte sind über das Projekt »Triple Win« aus dem Ausland nach Deutschland gekommen. Das »hilft enorm«, sagt Herbert Beck von ver.di.**

*Nord|Süd news: Herr Beck, in Deutschland gibt es rund 2,86 Millionen Pflegebedürftige, gleichzeitig fehlen Pflegekräfte. Diesem Missstand will CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn mit 13.000 neuen Stellen für Pflegeeinrichtungen begegnen. Reicht das?*

**Herbert Beck:** Bei weitem nicht. Gemessen am Personalbedarf ist das der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

*Mit dem Projekt »Triple Win«, das die Bundesarbeitsagentur und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit 2013 ins Leben gerufen haben, werden aus dem Ausland Pflegekräfte angeworben. Wie funktioniert das?*

»Triple Win« basiert auf einem staatlich-bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und den Philippinen, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Tunesien, mit dem die Anwerbung nach Deutschland und die Beschäftigung hier detailliert geregelt sind. Wenn ein Krankenhaus oder eine Altenpflegeeinrichtung in Deutschland einen Bedarf an Pflegekräften hat, kann es sich an die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesarbeitsagentur wenden. Die ZAV schaut dann, ob es in den jeweiligen Ländern Bewerbungen von solchen Pflegekräften gibt.

*Wie geht es dann weiter?*

Entweder fliegen Arbeitgebervertreter in das entsprechende Land und lernen die Bewerberinnen persönlich kennen oder die Auswahlentscheidung findet auf Grundlage von Skype-Interviews statt.

*Welche Bedingungen müssen die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen erfüllen?*

Sie müssen den vorgegebenen Musterarbeitsvertrag der ZAV oder den günstigeren Tarifvertrag ihrer Einrichtung anwenden und Wohnraum zur Verfügung stellen. Für die ausländischen Arbeitnehmer\_innen gelten die gleichen Löhne und betrieblichen Regelungen wie für deutsche Pflegekräfte.

*Was müssen die Entsendestaaten leisten?*

Sie müssen die fachliche Qualifikation der Interessenten und deren Deutschkenntnisse überprüfen und einen Deutschkurs anbieten, so der nötig ist. Vor der Abreise nach Deutschland durchlaufen die Pflegekräfte ein sogenanntes Vorabreiseorientierungstraining, das sie auf das Leben und die Arbeit hier vorbereitet. Von der Auswahl bis zum Arbeitsbeginn dauert es etwa drei bis fünf Monate.



Manche von ihnen haben schon ihre Familien nachgeholt – serbische Pflegekräfte, die über Triple Win an das Uniklinikum in Heidelberg gekommen sind

*Wie viele Pflegekräfte sind bislang gekommen?*

Über 2.000. Das klingt wenig, hilft aber enorm. Die Unikliniken in Tübingen und in Freiburg etwa haben mittlerweile 90 bis 100 philippinische Pflegekräfte und sind sehr froh darüber. Es kommen nur qualifizierte Pflegekräfte, in der Regel mehr Frauen als Männer. Sie bekommen, bis das Anerkennungsverfahren und Prüfungen der Papiere abgeschlossen sind, einen für ein Jahr befristeten Arbeitsvertrag.

*Was, wenn die Ausbildung in den Entsendeländern nicht hiesigen Standards entspricht?*

Die Stundenzahl ist eher höher als in Deutschland, allerdings auf Kosten der praktischen Ausbildung. Diese Defizite werden hier durch eine ausführliche Einarbeitung und Integration kompensiert. Das führt zunächst zu einer noch höheren Belastung des ohnehin schon schwer

beanspruchten Personals. Aber das muss man etwa ein Vierteljahr in Kauf nehmen, am Ende zahlt es sich aus.

*Führt die Anwerbung nach Deutschland zu einem »Care Drain« in den Entsendeländern?*

In den teilnehmenden Ländern nicht, dort werden mehr Pflegekräfte ausgebildet, als in Jobs vermittelt werden können. Aufgrund der Überkapazität wird in den Philippinen gezielt dafür geworben, auch im Ausland zu arbeiten. Die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation sowie die Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation, dass in den Entsendeländern keine medizinische und pflegerische Unterversorgung entsteht, werden selbstredend eingehalten. Deshalb befürworten die hiesigen Gewerkschaften dieses staatlich geregelte Projekt, auch wenn es nur eine Möglichkeit ist, dem Pflegenotstand zu begegnen.


*Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass sich ausländische Pflegekräfte hier »unter Wert« fühlen?*

Das betrifft eher Pflegekräfte aus der EU. In Spanien und Italien beispielsweise dürfen Krankenpflegekräfte bestimmte Tätigkeiten vornehmen, die bei uns Ärzten vorbehalten ist. Auf die Pflegekräfte aus den Philippinen trifft das aber nicht zu.

*Wie sieht es mit der Integration aus?*

Die Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen mit angeworbenen Pflegekräften, die ich kenne, haben meist gute Integrationskonzepte. Die neuen Kolleginnen und Kollegen werden warmherzig aufgenommen, integriert und wohnen in der Regel zusammen, weil sie das so wollen. Von den mittlerweile 80 Pflegekräften aus Bosnien-Herzegowina und Serbien am Uni-Klinikum in Heidelberg haben manche sogar schon ihre Familien nachgeholt.

Interviewerin: Simone Schmollack arbeitet als Journalistin in Berlin und ist immer wieder in Asien unterwegs.

 Herbert Beck ist Vorsitzender des Gesamtpersonalrats am Uniklinikum Heidelberg und Vizevorsitzender des ver.di Gewerkschaftsrates





## Gewerkschaftsfeindliche Praxis

**Krankenschwester Luz Fany Zambrano hat 2011 eine Gewerkschaft initiiert, die binnen drei Jahren auf knapp 11.000 Mitglieder anwuchs. Doch der Erfolg war nur vorübergehend.**

Aus den Fenstern des zweiten Stocks hängt eine Girlande aus bunten Buchstaben, die den Satz ergeben: »Das Alter ist die Summe des Lebens.« Das Dutzend Senior\_innen am weißen Tisch im prächtigen Innenhof des Altenheims kann sie gut sehen. Die meisten von ihnen kommen aus der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá, das Altenheim der Stiftung Francisco de Asís befindet sich eine gute halbe Stunde davon nördlich. Die Bewohner\_innen stammen zumeist aus einfachen Verhältnissen, viele haben keine Angehörigen. Krankenschwester María Nazareth, die das Altenheim leitet, meint: »Wir sind auf Hilfe angewiesen.« So reiche es bei der Versorgung mit Medikamenten hinten und vorne nicht.

Das ist nichts Ungewöhnliches. »Engpässe bei der Versorgung von Patienten sind in Kolumbien eher die Regel als die Ausnahme«, kritisiert Luz Fany Zambrano. Die gelernte Krankenschwester ist Vorsitzende von SintraSaludCol – und hat 2011 gemeinsam mit 25 Kolleg\_innen die Gewerkschaft initiiert, die binnen drei Jah-



Foto: Knut Henkel

Sieht prächtig aus, doch es hapert an der Versorgung mit Medikamenten – Innenhof des Altenheims der Stiftung Francisco de Asís

ren auf 10.780 Mitglieder anwuchs. Eine Erfolgsgeschichte – allerdings nur vorübergehend. Denn die Gegner sind mächtig.

Die Arbeitgeber verweigerten organisierten Angestellten den Anschlussvertrag, sagt Zambrano. Kurzzeitverträge über drei Monate oder maximal ein Jahr sind die Regel. SintraSaludCol hat heute wenig mehr als 3.000 Mitglieder. Zambrano wehrt sich gegen die gewerkschaftsfeindliche Praxis. 2012 hat sie ein Jurastudium begonnen, um die Interessen ihrer Kolleg\_innen besser vertreten zu können. Sie meint: »Die internationale Debatte über notwendige Investitionen in die Pflege, die von der Internationalen Arbeitsorganisation angeschoben wurde, spielt hier kaum eine Rolle. Wir müssen erst einmal strukturelle Reformen auf den Weg bringen.«

Kern allen Übels sei das Gesetz 100, das 1993 verabschiedet wurde und das System de facto privatisiert habe, erklärt Zambrano. »Damals wurden die EPS, die Fördereinheiten für die Gesundheit, als maßgebliche Instanz für die Finanzierung von Krankenhäusern, Gesundheitsposten und Ärzten eingeführt. An sie schüttet der Staat die Mittel aus, und das hat zu etlichen Korruptionsskandalen und Pleiten geführt, aber auch eine Abwärtsspirale in der Qualität der Gesundheitsversorgung initiiert.«

Davon sind auch die Senioren im Altenheim von Zipaquirá betroffen. »Ohne die Hilfe von Misión Salud wären wir aufgeschmissen«, so Leiterin Nazareth. Misión Salud ist eine Nichtregierungsorganisation, die landesweit Medikamente, deren Haltbarkeitsdatum bald abläuft, bei den Herstellern abholt. Diese Medikamente werden dann an soziale Einrichtungen und Nothilfeorganisationen ausgegeben. Das sichert den Senior\_innen im Altenheim von Zipaquirá die medikamentöse Versorgung.

Das ist aber nur ein Beispiel für die Defizite in der Versorgung. Ein anderes: Krankenwagen mit Schwerkranken irren, so wird immer wieder berichtet, durch Bogotá auf der Suche nach



Foto: Knut Henkel

»Dieses System produziert Tote und muss endlich reformiert werden.« – Gewerkschafterin Zambrano

einem Krankenhaus, wo den Patient\_innen geholfen werden kann, in Kolumbien nennt sich das längst »Irrfahrt des Todes«.

Parallel dazu sieht sich das Justizsystem einer Klagewelle gegenüber. Patient\_innen versuchen ihre Rechte durchzusetzen, genauso wie das Pflegepersonal. Das verdient in Kolumbien selten mehr als den Mindestlohn von umgerechnet 232 Euro im Monat. Zudem würden Abfindungen nicht gezahlt, Verträge von organisierten Mitarbeiter\_innen nicht verlängert und Gewerkschaftsbeiträge von den Unternehmen nicht weitergeleitet, erklärt Carlos Díaz von der Gewerkschaftsschule Escuela Nacional Sindical in Medellín. Er meint: »Es herrscht ein Ambiente der neoliberalen Gewinnmaximierung. Wir brauchen strukturelle Reformen, um der omnipräsenten Korruption und dem Unterlaufen gewerkschaftlicher Grundrechte Einhalt zu gebieten.«

An den Ausbau von Pflegeeinrichtungen, der angesichts steigenden Bedarfs auch in Kolumbien angezeigt wäre, ist kaum zu denken. Im Altenheim von Zipaquirá feilscht Leiterin Nazareth immer wieder mit der zuständigen EPS, die für die Finanzierung der rund zweihundert Plätze zuständig ist. »Eigentlich gibt es klare Vorgaben, aber wir erhalten immer wieder weniger als die in Rechnung gestellten Leistungen von der EPS.«

Das hat System und die Folgen sind vielfältig. Etliche Gesundheitseinrichtungen schleppen Schulden mit sich herum, führen kostspielige Klagen gegen die EPS und können manchmal ihr Personal, überwiegend Frauen, nicht bezahlen, kritisiert Gewerkschafterin Zambrano. »Es geht schon lange nicht mehr um das Wohl der Patienten. Dieses System produziert Tote und muss endlich reformiert werden.«



Knut Henkel lebt in Hamburg und reist regelmäßig nach Kolumbien



## Die neue Vaterrolle

**Gut 40 Prozent der Frauen Südafrikas ziehen ihre Kinder alleine auf. Das Sonke Gender Justice Netzwerk will das ändern.**

»Es war hart, ohne Vater aufzuwachsen«, sagt der Sozialwissenschaftler Sonwabiso Ngcowa. »Mir fehlte der biologische Vater zudem als Vorbild.« So habe er sich nicht abschaun können, wie dieser Herausforderungen anging. »Das wäre, wie ich im Rückblick weiß, hilfreich gewesen«, meint Ngcowa. »Ich habe meinen Weg im Leben gefunden, aber ich hatte es schwerer als die, die mit einem Vater aufwuchsen.«

Viele Südafrikaner\_innen haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Das zeigen Untersuchungen des Human Sciences Research Council und des Institute for Race Relations: 60 Prozent der Kinder haben Väter, die nicht bei ihnen leben.

auch am Arbeitsplatz und in der Kindererziehung.

Die Anpassung des Arbeitsgesetzes feiert der Gewerkschaftsbund daher als ersten Sieg: Südafrika hat Ende 2018 im Parlament durchgesetzt, dass Eltern pro Jahr zehn Tage bezahlten Elternurlaub nehmen können – auf Staatskosten. Das fortschrittliche Gesetz sieht auch zehn Wochen Urlaub und zehn bezahlte Tage für Adoptiveltern vor, auch für gleichgeschlechtliche Partner\_innen, die ein Kind adoptieren und großziehen. »Das ist nur der erste Schritt zur Stärkung der Elternrechte«, sagt Parks. »Südafrika hat in dieser Hinsicht viel versäumt.« Kamerun bietet zehn Tage Vaterschaftsurlaub an, in Australien und Kenia sind es 14 bezahlte Tage. Schweden erlaubt 480 Tage für beide Eltern zusammen – dieses Modell zu erreichen,

gehe um die Frage, wie sie im Leben des Kindes präsent sein könnten. Die Organisation hat mit dem Projekt »MenCare+« in den Townships Khayelitsha und Mitchells Plain rund um Kapstadt etwas bewirkt. Riesige Plakatwände an den Straßen und Werbung durch die Radiostationen haben auf das Thema aufmerksam gemacht. »Wir haben mit Müttern und Vätern direkt in den Gemeinden gesprochen und das Ergebnis ist gut«, sagt van den Berg. Mehr Väter kämen nun in die Kliniken zu den Müttern und Kindern. Sie täten auch mehr für ihre eigene Gesundheit, machten zum Beispiel HIV-Tests.

»Männer sind traditionsgemäß nicht sehr in Gesundheitsfragen involviert«, sagt van den Berg. »Frauen tragen bisher die Last.« Sie arbeiteten acht Stunden mehr unbezahlt für die Kinder und im Haushalt als ein Mann in Südafrika. »MenCare+« habe einen Stein ins Rollen gebracht. Das vom niederländischen Außenministerium geförderte Projekt lief von 2013 bis 2015. Dabei waren auch Brasilien, Ruanda und Indonesien. »Südafrika kam nicht in die zweite Finanze-



Will mit dem Projekt MenCare+ dafür sorgen, dass Männer stärker im Leben von Kindern, eigenen und fremden, präsent sein können – Wessel van den Berg



»Wer die Situation der Frauen verbessern will, muss die Einstellungen der Männer ändern«, sagt Gewerkschafter Parks

Mehr als 40 Prozent der Frauen sind alleinerziehend. Im weltweiten Durchschnitt sind es 15 Prozent, heißt es in den Studien. Dabei sind in der modernen Verfassung Südafrikas das Recht auf Gesundheit, die Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte fest verankert. Die Realität bleibt dahinter zurück.


Wer die Situation der Frauen verbessern will, muss die Einstellungen der Männer ändern – dafür kämpft auch der mächtige Gewerkschaftsbund Congress of South African Trade Union (COSATU). »Das Wohlergehen einer Gesellschaft hängt von der Rolle beider Eltern ab, die sie von Geburt der Kinder an übernehmen«, sagt Matthew Parks, Parlamentskoordinator bei COSATU. Die Organisation fordert mehr Gleichstellung von Männern und Frauen,

das ist unser Ziel.« Die Aktivist\_innen des Sonke Gender Justice Netzwerks in Südafrika wollen, dass Männer patriarchale Normen hinterfragen. »2011 ist eine weltweite Kampagne für »Men Care« ins Leben gerufen worden. 45 Länder sind daran beteiligt. Das ist eine Lernplattform«, sagt Mitarbeiter Wessel van den Berg. Wissen und Stereotype sollen durch Kommunikation verändert werden. Der »State of the World's Father Report« bietet eine gute Grundlage. Alle zwei Jahre wird er veröffentlicht – der nächste Bericht ist im Juni fällig.

In Südafrika gebe es nicht nur die typische Vaterrolle, meint van den Berg. Lebenspartner der Frauen, Verwandte oder Adoptivväter spielten auch eine wichtige Rolle. »71 Prozent der Kinder leben mit einem Mann im Haushalt.« Es

rundrunde, wir sind ein Schwellenland und viele ausländische Gelder fallen derzeit weg«, sagt van den Berg. Das Modell sei aber mit Erfolg auf andere Länder übertragen worden – auf Uganda und Libanon. Indonesien und Ruanda erhielten erneut Gelder.

Und: Das Sonke Gender Justice Netzwerk macht trotz des Geldstopps weiter. Es konzentriert sich auf die Männer in den Familien und trainiert Sozialarbeiter\_innen mit Hilfe anderer Organisationen. Auch religiöse Führer\_innen sollen in den Diskurs involviert und Rollenstereotype aufgebrochen werden. Van den Berg meint: »Die ganze Gemeinde lernt von jedem einzelnen.«

 Martina Schwikowski lebt und arbeitet als Korrespondentin in Johannesburg.



## Die Grenzen des Roboters

**Das japanische Wirtschaftsministerium fördert die Automatisierung von Pflegearbeiten. Als Hilfsmittel gegen Rückenschmerzen der Pfleger seien die auch »sehr gut«, sagt ein Gewerkschafter. Nur: An der schlechten Entlohnung der Pflegekräfte ändert das nichts.**

Ein Bett, das sich in einen Rollstuhl verwandeln kann – so sieht einer der ersten kommerziellen »Pflegeroboter« in Japan aus. Bett und Matratze sind der Länge nach geteilt. Eine Hälfte lässt sich abkoppeln und formt sich durch einen Elektromotor in einen Sitz auf Rädern um. Bettlägerige müssen nicht mehr hochgehoben und in einen Rollstuhl gesetzt werden. Das Rollstuhlbett findet sich bereits an mehreren hundert Standorten in Japan.

Trotz des simplen Konzepts benötigte der Hersteller Panasonic viele Jahre, das Bett zur Marktreife zu bringen. Das lag nicht nur an den hohen Sicherheitsanforderungen durch den neuen ISO-Standard für Maschinen in der Pflege, sondern auch an konzeptionellen Hürden. Ursprünglich bauten die Ingenieur\_innen einen humanoiden Roboter, der liegende Menschen greifen und tragen konnte. Aber Testpersonen störten sich an der Größe der Maschine und ihrem toten Gesicht. »Richtige Pflegeroboter müssen sich selbstständig bewegen und mit Menschen physisch Kontakt aufnehmen können«, sagt Roboterforscher Shigeki Sugano von der Universität Waseda. »So weit sind wir aber noch nicht.«

Auch der emotionale Teil der Pflege lässt sich nur schwer ersetzen. Die Babyrobbe Paro mit schwarzen Knopfaugen und weißem Kuschelfell reagiert dank vieler Sensoren und Motoren wie ein echtes Tier auf einen Menschen und vertreibt Senior\_innen in inzwischen 30 Ländern die Einsamkeit. Ihr Entwickler Takatori Shibata vom nationalen Forschungsinstitut AIST zeigt gerne ein eindrucksvolles Video, wie die Robbe einen schreienden Demenzkranken in kurzer Zeit beruhigt. Der Kontakt mit dem

---

*Pflegekräfte in Japan verdienen im Schnitt monatlich umgerechnet knapp 2.000 Euro und damit rund ein Fünftel weniger als Industriearbeiter\_innen.*

---

Robotertier verringere Angst, Schmerz, Stress und Depression, sagt Shibata. Aber in seinem Video steuert ein Pfleger die Kommunikation zwischen Mensch und Kuschelroboter.

Auch die japanische Regierung hat früh erkannt, dass der Weg zu Robotern als vollständiger Ersatz für menschliche Pflegekräfte noch sehr lange dauert, während der demografische Wandel bereits weit fortgeschritten ist. Mehr als jede\_r fünfte Japaner\_in ist schon über 70 Jahre alt. Daher wird in den nächsten Jahren



Soll Einsamkeit, Angst, Schmerz, Stress, Depression vertreiben: Paro, die Roboterrobbe, bereits in 30 Ländern im Einsatz

die Zahl der Pflegebedürftigen stark zunehmen. Es gibt jedoch schon heute nicht genug ausgebildete Altenpfleger\_innen. Springen Angehörige ein, müssen sie ihren Arbeitsplatz aufgeben. Das wiederum verschärft den großen Mangel an Arbeitskräften in Japan.

Daher fördert das Wirtschaftsministerium METI die Automatisierung vieler Pflgetätigkeiten. Zuhause und im Heim treffen Japans Alte künftig auf mehr Computer, mehr Sensoren und mehr Apparate, die auf sie aufpassen und ihnen helfen, länger selbstständig zu bleiben. Die Fördermittel fließen in die Bereiche Trage- und Gehhilfen, Toiletten, Kommunikation und Baden. Vor einem Jahr kam als Fokus die Sammlung, Auswertung und Nutzung aller Daten der maschinellen Helfer dazu, um Pflegebedürftige aus der Ferne beobachten und ihre Lage bewerten zu können.

Mit Exoskeletten zum Beispiel können Pfleger\_innen leichter Lasten heben. Bei körperlich eingeschränkten Senior\_innen unterstützen sie

das Laufen und verhindern bei Schwäche einen Sturz. Ein Sensor in der Windel erkennt den gestiegenen Harndrang und gibt ihren Träger\_innen und deren Pfleger\_innen frühzeitig ein Warnsignal. Andere Maschinen erleichtern das An- und Ausziehen von Hosen und Unterwäsche und waschen vollautomatisch die Haare.

Japans Gewerkschaften haben zur Technisierung der Pflege bisher keine offizielle Position bezogen. »Aber wir finden robotische Hilfsmittel gegen Rückenschmerzen der Pfleger und Roboter als Aufpasser von alten Leuten sehr gut«, erklärt Akira Somekawa, Sprecher der Nippon Careservice Craft Union (NCCU), mit 80.000 Mitgliedern die größte Gewerkschaft der Pflegenden in Japan. Weil der Bedarf so

groß sei, fürchte kein Mitglied, durch einen Roboter die Arbeit zu verlieren. »Wir begrüßen jede Entwicklung, die uns Pflegernde entlastet«, betont der NCCU-Sprecher.

Die wahre Sorge der Gewerkschaft gilt der Entlohnung. Pflegekräfte in Japan verdienen im Schnitt monatlich umgerechnet knapp 2.000 Euro und damit rund ein Fünftel weniger als Industriearbeiter\_innen. Der Staat schießt zwar seit zehn Jahren monatlich 300 Euro dazu, aber die Lücke ist nicht geschmupft.

Wenn wie beschlossen ab April mehr Ausländer\_innen als Pflegenden kommen dürfen und das knappe Geld verstärkt in Maschinen fließt, dürfte sich die Lohnschere erst recht nicht mehr schließen. Das Roboterbett von Panasonic kostet immerhin umgerechnet 8.000 Euro, eine Paro-Kuschelrobbe 3.200 Euro und die Leihgebühr für ein Exoskelett des Marktführers Cyberdyne monatlich 800 Euro.

 Martin Fritz arbeitet als Korrespondent in Tokio.



## »Die Stimmung ist aufgeheizt, teils gewalttätig«

**Andreas Behn, bislang Journalist, wird ab Mai 2019 in Brasilien das Regionalbüro des DGB-Bildungswerk BUND leiten. Denn er habe das Bedürfnis, sich »direkter an politischen und sozialen Fragen« des Landes zu beteiligen. Ein Gespräch über seine Pläne.**

*Nord|Süd news: Der Rechtsextremist Jair Bolsonaro regiert seit fast vier Monaten in Brasilien, der fünftgrößten Nation der Welt – was muss man über ihn unbedingt wissen?*

**Andreas Behn:** Der neue Präsident ist ein Rechtsradikaler. Er hat bereits die Waffengesetze gelockert, eine Rentenreform mit herben Einschnitten insbesondere für ärmere Menschen auf den Weg gebracht und mittels Dekret den Handlungsspielraum von Gewerkschaften eingeschränkt. Sein Diskurs richtet sich gegen Minderheiten, ist rassistisch und frauenfeindlich. Umweltschutz und Klimapolitik halten er und die meisten seiner Minister für überflüssig. Gemeinsam mit seinen drei Söhnen diffamiert er politische Gegner und Medien in sozialen Netzwerken. Brasilien ist polarisiert. Die Stimmung ist aufgeheizt, teilweise auch richtig gewalttätig.

*Warum wollen Sie das jetzt nicht mehr wie früher als Journalist begleiten, sondern werden Leiter des Regionalbüros des DGB-Bildungswerks in Brasilien?*

Ehrlich gesagt vermisse ich schon jetzt das Schreiben. Aber manchmal ist Journalismus auch oberflächlich. Schon einige Zeit spüre ich das Bedürfnis, mich direkter an politischen und sozialen Fragen des Landes zu beteiligen, in dem ich seit langem lebe. Gewerkschaftliche Arbeit ist – insbesondere bei dem Gegenwind – sehr wichtig. Ich habe große Lust, mit unseren Partnerorganisationen vor Ort zusammen zu arbeiten. Die entscheidende Frage ist, was der Rechtsruck auf dem ganzen Kontinent für die gewerkschaftliche Arbeit bedeutet.

*Die Finanzwelt bejubelt Bolsonaro, weil er als unternehmerfreundlich gilt. Was können Gewerkschaften momentan denn ausrichten?*

In Brasilien ging ein Großteil ihrer Finanzmittel im Rahmen einer Arbeitsrechtsreform der Vorgängerregierung verloren. Jetzt sind sie den

Anfeindungen des Bolsonaro-Clans ausgesetzt. Sie müssen sich nun erst einmal berappeln, ihren Handlungsspielraum und eine Strategie ausloten. Mittelfristig werden sie aber bestimmt eine wichtige Rolle in der Opposition spielen, da sie schon lange gut organisiert sind und trotz Rückschlägen über eine breite Basis verfügen.

*Ihre Idee für eine Strategie?*

Gelingt es den Gewerkschaften, einen konstruktiven Dialog beispielsweise mit den sozialen Bewegungen aufzubauen und ihre politische Nähe zur langjährigen Regierungspartei PT, der Arbeiterpartei, in den Hintergrund zu stellen, werden sie ein lautes Sprachrohr der Arbeitnehmenden sein, die unter der angekündigten neoliberalen Wirtschaftspolitik leiden werden.

*Bolsonaro hat aber allen oppositionellen Kräften den Kampf angesagt – was erwarten Sie?*

Ich denke, dass unser Büro als Vertretung einer deutschen Organisation erst einmal nicht Ziel seiner Anfeindungen wird. Wir sehen uns nicht als eigenständiger politischer Akteur, auch wenn wir auf Veranstaltungen dabei sind und natürlich unsere Meinung sagen. Unsere Rolle besteht darin, die Partner mit finanziellen Mitteln und kreativer Zusammenarbeit zu stärken und sie zu ermutigen, Vertreter\_innen des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften nach Brasilien einzuladen. Deren Präsenz wäre für die gebeutelten Gewerkschafter\_innen in Brasilien ein wichtiges solidarisches Zeichen.

*Was wünschen Sie sich von deutschen Gewerkschaften?*

In Brasilien, in São Paulo besonders, gibt es viele deutsche Unternehmen, die sich vor Ort gerne die unzureichenden Arbeitsrechte zu eigen machen. Viele Gewerkschafter\_innen haben schon sehr deutlich Stellung gegen deutsche Unternehmer bezogen, die die Regierung Bolsonaro ungeachtet ihrer rechtsextremen Ausrichtung begrüßten. Ich hoffe, dass Gewerkschaften Bolsonaro und seiner neoliberalen Wirtschaftsriege grundsätzlich signalisieren, dass international sehr genau darauf geachtet wird, was in seinem Land vor sich geht.



Foto: privat


Er möchte später sagen können, dass »die Arbeit des Bildungswerks in Lateinamerika dazu beigetragen hat, gewerkschaftliche Anliegen sichtbarer zu machen und durchzusetzen« – Andreas Behn

*Was werden Sie anderes machen als ihr Vorgänger Niklaas Hofmann?*

Erst einmal gar nichts, denn Niklaas hat hervorragende Arbeit geleistet. Er hat damals das Büro mit aufgebaut und ein sehr fittes Team im Regionalbüro zusammengestellt. Vielleicht werde ich als Medienmensch mehr Gewicht auf Veröffentlichungen zu unserer Arbeit legen und die Kommunikation generell pushen, auch mit den Gewerkschaften in Deutschland.

*Und woran messen Sie in fünf Jahren Ihren Erfolg?*

Ich möchte meinem/r Nachfolger\_in ein gut funktionierendes Büro mit einem gutgelaunten Team übergeben, möchte traurig darüber sein, dann nicht mehr im professionellen Dialog mit den Partnern zu stehen, und möchte vor allem sagen können, dass die Arbeit des Bildungswerks in Lateinamerika dazu beigetragen hat, gewerkschaftliche Anliegen sichtbarer zu machen und durchzusetzen.

 Andreas Behn, 55 Jahre, leitet künftig in Brasilien das Regionalbüro des DGB-Bildungswerk BUND. Zuvor hat er mehr als sechs Jahre in Rio de Janeiro als Korrespondent gearbeitet, unter anderem für die Berliner Tageszeitung taz, die Presseagentur epd und für den Nachrichtenpool Lateinamerika (NPLA), auch für die Nord-Süd-News. 2005 ging er als Fachkraft des Evangelischen Entwicklungsdienstes EED im Auftrag des weltweiten Netzwerks freier Radios (Amarc) nach Brasilien.



## NGOs warnen vor privatem Geld in der Nord-Süd-Arbeit

Der wachsende Einsatz privater Gelder ist nicht geeignet, Hunger und Armut strukturell zu bekämpfen. Das ist das Fazit einer Studie der Entwicklungsorganisationen FIAN und INKOTA. Die Autor\_innen kritisieren die immer engere »Verquickung von staatlicher Entwicklungszusammenarbeit mit Finanzinvestoren und Agrarkonzernen« auf Grundlage der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Die eigentliche Zielgruppe, nämlich marginalisierte Bevölkerungsgruppen, gerieten aus dem Blick. Weder die Finanzinstitutionen selbst noch die letztlich Wirkungen der Investitionen blieben transparent. Der Umbau der Landwirtschaft zu einem marktförmigen und inputintensiven System sei programmiert. Über konkrete menschenrechtliche Folgen erfahre man wenig.



Die Studie: [www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/bilder\\_allgemein/Themen/Finanzialisierung\\_EZ/Agrarkonzerne\\_Finanzindustrie.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/bilder_allgemein/Themen/Finanzialisierung_EZ/Agrarkonzerne_Finanzindustrie.pdf)

## Filmtipp: Fair Traders

Sozial und ökologisch zu wirtschaften, ist gar nicht so einfach. Woher kommen die Rohstoffe, wie entsorgt man sie, wie bekommt man die Klima- und Umweltbilanz in den Griff – aber auch: Lässt sich die Wertschöpfungskette überblicken? Wie beteiligt man Mitarbeiter\_innen? Der Schweizer Filmemacher Nino Jacusso geht in seinem etwa anderthalbstündigen Dokumentarfilm solchen Fragen nach und begleitet drei Unternehmer, die es auf diesem Weg versuchen, in verschiedenen Entwicklungsstadien. Sehenswert!

Kinostart: 28. März



Foto: Reck Filmproduktion Zürich

## Globaler Rahmen für UNI und Banco do Brasil

Ein kleiner Lichtblick in Brasilien, wo Arbeitnehmerrechte derzeit eher vehement abgebaut werden, ist die erneute Unterzeichnung eines Globalen Rahmenabkommens mit dem Banco do Brasil, das der globale Dachverband der Dienstleistungsorganisationen, UNI Global Union, und seine brasilianische Mitgliedsorganisation ContrafCUT Anfang des Jahres unterzeichnet haben. Es hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Ein Rahmenabkommen ist ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung gleicher Rechte und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer\_innen auf internationaler Ebene, ganz gleich, ob sie beim Banco do Brasil selbst oder bei anderen Banken, die von ihm kontrolliert werden, beschäftigt sind.



<http://contrafcut.com.br/noticias/contraf-cut-assinam-marco-global-entre-o-banco-do-brasil-e-a-uni-global-union-0400/>

## ILO-Geburtstag mit Licht und Schatten



Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) feiert in diesem Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Zur Arbeitskonferenz der UN-Sonderorganisation, in der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammen arbeiten, bereitet die ILO Weltkommission eine »Jahrhunderterklärung« vor. Anfang des Jahres veröffentlichte sie einen Bericht, der die Grundlage dafür bilden wird. Beim Deutschen Gewerkschaftsbund sieht man noch Nachbesserungsbedarf. DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann begrüßte zwar »die Forderung nach einer universellen Garantie grundlegender Rechte, einer stärkeren Tarifbindung und internationalen Regelungen zum digitalen Wandel in der Arbeitswelt«. Es fehlten aber die konkrete Umsetzungsstrategie sowie ausreichende Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte, einen sozial gerechten Handel und menschenwürdige Arbeitsbedingungen entlang der globalen Lieferketten. In ihrem Bericht spricht sich die Kommission für verstärkte Investitionen in Aus- und Weiterbildung aus und fordert eine allgemeine Garantie für Arbeitende, die auf Basis der ILO-Verfassung grundlegende Rechte bei der Arbeit.



Der Report: [www.ilo.org/global/topics/future-of-work/publications/WCMS\\_663002/lang--de/index.htm](http://www.ilo.org/global/topics/future-of-work/publications/WCMS_663002/lang--de/index.htm)

## Mehr Frauen in die Seefahrt!

Ausschließlich Frauen als Sprecher\_innen für die Gruppe der Reeder, der Seeleute und der Regierungen – das war Premiere bei einer Sitzung der Internationalen Arbeitsorganisation zur Schifffahrt. Auf dem Treffen im März verabschiedeten die Vertreter\_innen der Gruppen einen Fahrplan, mit dem die Beschäftigungschancen von jungen und weiblichen Seeleuten verbessert und Diskriminierungen verhindert werden sollen. In der Schifffahrt gibt es bislang beispielsweise obligatorische Schwangerschaftstests für Frauen, Mobbing ist verbreitet, aber auch die offiziellen Hürden für weibliche und junge Seeleute etwa zur Offiziersausbildung sind hoch. »Wir freuen uns, dass die Gespräche rational und darauf gerichtet waren, weiblichen und jungen Seeleuten greifbare Ergebnisse vorzulegen«, bilanzierte Lena Dyring, die Frauenvertreterin der Seeleutesektion der Internationalen Föderation der Transportarbeitenden. Der Fahrplan sieht vor, Maßnahmen wie obligatorischen Landgang, Kontrolle der Fahrzeiten und ähnliches zügig umzusetzen. Zu anderen Punkten soll die Internationale Seeschifffahrtsorganisation IMO einberufen werden.



Mehr Info: [www.itfglobal.org/de/news/weg-frei-fuer-die-berufliche-entwicklung-junger-und-weiblicher-seeleute](http://www.itfglobal.org/de/news/weg-frei-fuer-die-berufliche-entwicklung-junger-und-weiblicher-seeleute)

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: André Edelhoff  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Satz: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND  
Nord | Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329  
Fax: 0211 / 4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung